



wohnbau-genossenschaften schweiz

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

coopératives d'habitation Suisse

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

cooperative d'abitazione svizzera

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

## MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 13. Februar 2024

Wohnbaugenossenschaften enttäuscht über Aktionsplan Wohnungsknappheit

### Aktionsplan Wohnungsknappheit löst Probleme nicht

**Wohnbaugenossenschaften Schweiz, der Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger, ist enttäuscht vom Resultat des Runden Tisches zur Wohnungsknappheit. Der heute vorgestellte Aktionsplan enthält keine konkreten Massnahmen für mehr preisgünstigen Wohnraum und wird die Probleme im Wohnungsmarkt nicht lösen.**

«Die Vertretungen von Kantonen, Städten und Gemeinden und der Immobilienbranche waren sich einig, dass angesichts der prekären Situation im Wohnungsmarkt Handlungsbedarf besteht», betont Urs Hauser, Direktor von Wohnbaugenossenschaften Schweiz. «Es hat uns gefreut, dass die Sicherstellung von genügend preisgünstigem Wohnraum zu den Schwerpunkten des Aktionsplans Wohnungsknappheit gehörte. Doch der nun präsentierte Aktionsplan enthält keine einzige konkrete Massnahme für mehr bezahlbaren Wohnraum. Das ist unverständlich und ein Frust für die Wohnungssuchenden und für die vielen Haushalte, die unter den hohen Mieten leiden.»

### Nur zahnlose Empfehlungen

Im Mai 2023 hatte Bundesrat Guy Parmelin angesichts der sich zuspitzenden Wohnungsnot einen Runden Tisch einberufen und im Anschluss einen Aktionsplan Wohnungsknappheit erarbeiten lassen. In einem ersten Entwurf hatte der Aktionsplan noch eine Reihe von konkreten Vorschlägen enthalten, um genügend preisgünstigen und bedarfsgerechten Wohnraum sicherzustellen. Die nun präsentierte Endfassung ist jedoch nicht viel mehr als eine Zusammenfassung dessen, was man auf den Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden machen *könnte*. Mögliche Massnahmen werden aufgelistet, aber höchstens zur weiteren Prüfung und Analyse empfohlen. Massnahmen, die nicht von allen beteiligten Akteuren begrüsst wurden oder die den Bundeshaushalt belasten würden, werden gar nicht weiterverfolgt. «Obwohl der freie Markt die Lösung für die derzeitige Wohnungsknappheit nicht bieten kann, hat sich die renditeorientierte Immobilienbranche am Runden Tisch offensichtlich durchgesetzt», bedauert Urs Hauser.

### Verband fordert konkrete Massnahmen

Wohnbaugenossenschaften Schweiz ist enttäuscht, dass der Runde Tisch nicht mehr Resultate gebracht hat und fordert konkrete Massnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum, zum Beispiel:

- Eine tatsächliche Stärkung der indirekten Wohnraumförderung: Zinsgünstige, rückzahlbare Darlehen und Bürgschaften für gemeinnützige Wohnbauträger haben sich bewährt. Damit mehr gemeinnütziger Wohnraum entsteht, braucht es einen Ausbau, mit einer Aufstockung des Fonds de Roulement und einem ausreichenden neuen Rahmenkredit für Bürgschaften.
- Mindestanteile an gemeinnützigen Wohnungen bei Mehrausnützungen: Dies würde garantieren, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht und die Akzeptanz von Verdichtungsprojekten erhöhen. Leider verzichtet der Aktionsplan auf eine konkrete Empfehlung an die Kantone.
- Ein Vorkaufsrecht für Gemeinden zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus: Dies würde gemeinnützigen Bauträgern den Zugang zu Grundstücken erleichtern und entspricht auch einem Anliegen der Städte. Dennoch wird diese Massnahme im Aktionsplan nicht aktiv empfohlen.
- Das Schaffen eines Fonds für den Erwerb von Liegenschaften, aus dem gemeinnützigen Wohnbauträgern Beiträge (*à fonds perdu* oder als Darlehen) gewährt werden können.



**wohnbaugenossenschaften schweiz**

verband der gemeinnützigen wohnbauträger

**coopératives d'habitation Suisse**

fédération des maîtres d'ouvrage d'utilité publique

**cooperative d'abitazione svizzera**

federazione dei committenti di immobili d'utilità pubblica

### **Aktionsplan wird Probleme nicht lösen**

«Wenn der Aktionsplan nur Massnahmen vorschlägt, die nichts kosten und denen auch die renditeorientierte Immobilienbranche zustimmen kann, dann wird er die Probleme im Wohnungsmarkt nicht lösen», betont Urs Hauser.

Wohnbaugenossenschaften Schweiz wird sich weiterhin auf politischem Weg für mehr preisgünstigen und gemeinnützigen Wohnraum einsetzen. Der Verband appelliert ausserdem an die Kantone, ihre Verantwortung wahrzunehmen und gegen die Wohnungsnot vorzugehen, etwa mit der Festlegung eines Mindestanteils an preisgünstigen Wohnungen bei grösseren Arealen und Mehrausnutzungen oder mit der Einführung eines Vorkaufsrechts.

*Wohnbaugenossenschaften Schweiz ist die Dachorganisation von 1265 Wohnbaugenossenschaften und weiteren gemeinnützigen Wohnbauträgern mit insgesamt über 165'000 Wohnungen. Der 1919 gegründete Verband steht im Dienste seiner Mitglieder, die auf gemeinnütziger Grundlage preisgünstigen Wohnraum erstellen und bewirtschaften. Zusammen mit ihnen strebt er im ganzen Land eine ausreichende Versorgung mit preisgünstigem, vorzugsweise genossenschaftlichem Wohnraum an. [www.wbg-schweiz.ch](http://www.wbg-schweiz.ch), [info@wbg-schweiz.ch](mailto:info@wbg-schweiz.ch)*

### **Pressekontakte**

Urs Hauser, Direktor: 044 360 26 64, [urs.hauser@wbg-schweiz.ch](mailto:urs.hauser@wbg-schweiz.ch)

Medienstelle Wohnbaugenossenschaften Schweiz: 044 360 26 66, [rebecca.omoregie@wbg-schweiz.ch](mailto:rebecca.omoregie@wbg-schweiz.ch)